

Teilhabeplanung der Stadt Rosenheim

Arbeitsgruppe Wohnen

Arbeitsgruppentreffen am 14.01.2013, 19.00-21.00 Uhr im Schüler- und Studentenzentrum

Teilnehmer/-innen

Auerhammer, Petra; Anthojo Rosenheim ambulant betreutes Wohnen
Bachmaier, Johannes; Privatperson
Brummer, Jakob; Caritas Ambulante Hilfen Rosenheim
Burkl, Beate, Dr.; Stadträtin
Degenhart, Christine; Bezirksrätin
John, Michael; BASIS-Institut
Klupp, Wolfgang; Stadt Rosenheim
Maier, Barbara; Behindertenbeauftragte Stephanskirchen
Mayer, Christine; Behindertenbeauftragte der Stadt Rosenheim
Meixner, Christian; Stadt Rosenheim
Reißner, Manfred; Emmy Schuster-Holzamer Stiftung
Voss, Klaus; Diakonisches Werk Soziale Dienste

Begrüßung und Protokollnachlese

Herr John, Geschäftsführer des BASIS-Instituts Bamberg, begrüßt die Teilnehmenden und stellt sich kurz vor. Anschließend bittet er darum, dass sich jeder Teilnehmende kurz mit Namen und mit Organisationszugehörigkeit vorstellt.

Bezüglich des Protokolls der letzten Sitzung gibt es keinen Ergänzungsbedarf. Das Protokoll ist somit genehmigt.

Herr John führt aus, dass noch eine weitere Arbeitsgruppe im Rahmen der Teilhabeplanung der Stadt Rosenheim einberufen wurde. Es handelt sich um die Arbeitsgruppe „frühkindliche Bildung“.

Außerdem weist er auf die anstehende Befragung von Menschen mit Behinderungen hin, die Anfang Februar beginnen wird.

Behandelte Themen

Bemängelt wird zu Beginn der Sitzung, dass keine Vertreter der Wohnungsunternehmen anwesend sind. Daher soll die nächste Sitzung früher beginnen (z.B. 16.30 Uhr) und Vertreter von Wohnungsunternehmen sollen noch einmal gezielt persönlich aufgefordert werden, sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen.

Herr John stellt zu Beginn der Sitzung eine Systematik zur Einteilung verschiedener Wohnformen dar, die ursprünglich für die Altenhilfe entwickelt wurde:

Hauptwohnform:	"eigenständiges Wohnen in der vertrauten Umgebung" 1	"Wohngemeinschaften, gemeinschaftliches Wohnen" 2	"Betreutes Wohnen, Service-Wohnen" 3	"Heime" 4
----------------	--	---	--	---------------------

Lebensart und Grad der Selbstbestimmtheit/Selbständigkeit; Service-Bereitstellung				
selbstbestimmt, eigenständig (nur bei Bedarf Hilfe, Betreuung, Pflege)	selbstbestimmt in der Gemeinschaft (nur bei Bedarf Hilfe und Betreuung sowie individuell vereinbarte Pflege)	selbstbestimmt mit vereinbarter niedrighschwelliger Hilfe oder Betreuung (nur bei Bedarf Pflege oder weitere Hilfe/Betreuung)	unselbständig, abhängig von Pflege, Betreuung, Hilfe (permanenter Zugriff auf Pflegepersonal)	
Abgeschlossenheit des Wohnraums				
abgeschlossene Wohnung (WE) mit einem Nutzerhaushalt	Wohngemeinschaft (WG) als abgeschlossene WE mit mehreren Nutzer-Haushalten (Pl.)	abgeschlossene Wohnung (WE) mit einem Nutzerhaushalt	Heimplatz (Pl.) für jeweils eine Person als Nutzer; keine abgeschlossene Wohneinheit	

Grad der Barrierefreiheit ↑ (hoch) ↓ (gering)	rollstuhlgerecht nach DIN 18025, Teil 1	sehr selten	sehr selten	selten	Hauptanteil/Regelfall
	barrierefrei nach DIN 18025, Teil 2	sehr selten	selten	Hauptanteil/Regelfall	Hauptanteil/Regelfall
	bedingt barrierefrei (nahe an der DIN 18025, aber nicht alle Forderungen erfüllt)	sehr selten	Hauptanteil/Regelfall	selten	sehr selten
	seniorenfreundlich, d. h. mit erleichteter Zugänglichkeit für Senioren (z. B. Aufzug)	selten	selten	sehr selten	
	keine besonderen baulichen Vorkehrungen	Hauptanteil/Regelfall			

in den einzelnen Feldern: *Grobe Einschätzungen zur Verbreitung bzw. zur Häufigkeit von verschiedenen Graden der Barrierefreiheit innerhalb der jeweiligen Hauptwohnform*

LBV, Wohnen im Alter 2008

Er weist darauf hin, dass sich im Bereich zwischen eigenständigem Wohnen und Heimen in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten vieles entwickelt hat. Das betreute Wohnen wird seines Erachtens

von vielen Menschen abgelehnt, da sie keinen Betreuungsvertrag unterschreiben (und bezahlen) wollen, solange sie noch selber in der Lage sind, sich zu versorgen.

In den letzten Jahren haben Wohngemeinschaften und gemeinschaftliche Wohnformen an Bedeutung gewonnen. Paradebeispiele für solche Modelle sind die Hausgemeinschaften in Bielefeld. Dort hat vor vielen Jahren ein kleiner Verein begonnen, neue Wohnformen zu entwickeln. Die großen Sozialverbände zeigten zunächst wenig Interesse an der Entwicklung solcher Modelle. Allerdings kam eine Zusammenarbeit mit einem Wohnungsunternehmen zustande. Inzwischen sind in Bielefeld alle 500 Meter im Stadtgebiet solche Hausgemeinschaften zu finden.

Die Gründe für die Errichtung solcher Hausgemeinschaftsmodelle waren folgende:

- Bürger möchten auch bei hohem Hilfebedarf selbstbestimmt in ihrem Wohnquartier leben
- Wohnungswirtschaft möchte Mieter in ihren Wohnungen halten und Zufriedenheit im Quartier
- Soziale Dienstleister möchten neue und dauerhafte Kundenbeziehungen
- Kommunen möchten lebendige und attraktive Wohnquartiere

Prinzipien dieser Hausgemeinschaftsmodelle:

- Ausgangspunkt der Planungen ist der Mensch mit dem höchsten Hilfebedarf
- Um eine 24-Stunden-Präsenz im Wohnprojekt sicherzustellen, ist eine Zahl von sechs bis acht Mietern mit hohem Hilfebedarf notwendig
- Auch Menschen ohne oder mit geringem Hilfebedarf profitieren davon
- Selbsthilfe und die Hilfe durch Angehörige, Freunde und Nachbarn geht vor Fremdhilfe durch professionelle Dienstleister
- Dieses Prinzip sichert einen hohen Verbraucherschutz
- Vielfalt und Wahlfreiheit in allen Dienstleistungsbereichen
- Kostensenkung durch Abrechnung nach individuellen Bedarf, täglich zu- und abwählbare Dienstleistungen (keine Betreuungspauschale)
- Herz eines Wohnprojektes ist die Wohnküche. Sie ist Ort gemeinsamer Mahlzeiten, der Begegnung und Kommunikation

www.baukultur.rlp.de/pdf/Wohnmodelle/PP_Bielefeld.pdf

Diese Hausgemeinschaftsmodelle unterscheiden sich von gewohnten Formen betreuten Wohnens dadurch, dass die Bewohner dort Mieter ohne Versorgungsvertrag sind und Leistungen nur bei Bedarf nutzen (und zahlen). Außerdem ist die in Bayern häufige strikte Trennung von Behinderten- und Altenhilfe bzgl. der Nutzung der Hausgemeinschaften aufgehoben. Die Hausgemeinschaften

werden von Personen mit besonderen Wohnbedürfnissen, aber nicht nur von Älteren oder von Menschen mit Behinderungen genutzt. Durch die gemischte Belegung z.B. auch mit Menschen mit schweren Behinderungen ist es möglich, eine hohe Leistungsdichte in den dort angesiedelten Sozialstationsstützpunkten zu erreichen (z.B. 24h-Versorgung).

Inzwischen haben auch die großen Sozialträger vor Ort eingesehen, dass sich solche Modelle realisieren lassen und suchten bei dem (ehemals kleinen) Verein um Unterstützung nach, solche Hausgemeinschaftsmodelle zu realisieren.

Herr John weist darauf hin, dass in diesen Modellen auch eine umfassende Einbindung in die Nachbarschaft realisiert werden konnte. Er sieht hier deutliche Unterschiede im Vergleich zu dem Wohnprojekt in der Schießstattstraße.

Es schließt sich eine umfassende Diskussion an, in der hervorgehoben wird, dass der Bau der Wohnungen in der Schießstattstraße einen großen Fortschritt bedeutet hat. Einer ganzen Reihe von Menschen mit Behinderungen konnte dort eine neue Heimat jenseits von Heimen geschaffen werden. In der Diskussion wird aber auch deutlich, dass die ursprünglich vorgesehene Konzeption im Laufe des Entwicklungsprozesses des Projektes stark verändert wurde. Letztlich wurden relativ viele Wohnungen für Personen mit besonderen Wohnansprüchen an einem Ort verwirklicht. Dass jemand aus der Nachbarschaft in die Wohnanlage geht, der dort selbst keinen Angehörigen hat, ist dadurch eher unwahrscheinlich. Auch wird z.B. das Café mit Ehrenamtlichen betrieben, die aber nicht aus der Nachbarschaft kommen. Eine umfassende Einbindung ins Quartier wurde somit nicht realisiert.

Herr Brummer berichtet auch davon, dass die mit einem pauschalierten Betreuungsangebot verbundenen Dienstleistungsansprüche der älteren Bewohner problematisch sind. Die Finanzierbarkeit dieser Betreuungen wird so schnell problematisch und die Selbsthilfepotentiale weniger als eigentlich realisierbar von manchen Älteren genutzt, da ältere sich sehr auf die externe Unterstützung verlassen.

Es stellt sich die Frage, ob bzw. wie eine umfassende Aktivierung von Nachbarschaftshilfe gelingen kann. Die Frage, ob in der Gesellschaft überhaupt eine Bereitschaft zu verspüren ist, sich gegenseitig zu helfen, wird unterschiedlich gesehen. Es wird angemerkt, dass sich für manche Ehrenämter niemand mehr finden würde. Herr John merkt an, dass in der Soziologie (siehe z.B. Diskussion um Sozialkapital nach Putnam oder Bourdieu) seit längerem gestritten wird, ob ein Rückgang bürgerschaftlichen Engagements tatsächlich festzustellen ist. Von vielen Experten wird dies verneint, aber auch darauf hingewiesen, dass sich die Formen des Engagements stark verändern (z.B. eher projektbezogenes Engagement, in neuen Formen wie Bürgergenossenschaften usw.).

Herr John weist an dieser Stelle auf die mustergültige Seniorengenossenschaft Riedlingen hin, über die weitere Informationen unter:

<http://www.spgk-has.basis-institut.de/downloads/vortrag-martin-riedlingen.pdf>

zu finden sind.

Zustimmung findet die Aussage, dass in vielen Wohnkontexten die gegenseitige Unterstützung zurückgegangen ist.

Es wird eingeworfen, dass Wohnmodelle wie z.B. nach dem Bielefelder Hausgemeinschaftsmodell durchaus sinnvoll sind, aber die Realität ist, dass viele in ihrer angestammten Wohnung allein wohnen bleiben (wollen). Daher gilt es zunehmend Unterstützungsangebote zu realisieren, die sich an zuhause Wohnende richten. Auch wenn das Wohnen zuhause für viele das Ziel ist und bleibt, gilt es in Zukunft, immer wieder gemeinschaftliche Wohnformen weiter zu entwickeln. Dabei sollte v.a. auf eine quartiersverträgliche Größe solcher Modelle geachtet werden (Bielefeld tlw. unter 10 Bewohner bis max. 30).

In der Diskussion wird deutlich, dass es gut vorstellbar wäre, Nachbarschaftshilfe verstärkt in den Stadtteilen weiter zu vernetzen und zu entwickeln, die bereits über ein Quartiersmanagement verfügen. Wie solche Entwicklungen weiter geführt werden könnten, ist in Zukunft verstärkt zu konkretisieren.

Sehr interessante Aufführungen zu gemeinschaftlichen Wohnformen (im Alter) finden sich in den Unterlagen des Verbundes SONG (Soziales neu gestalten) der von der Bertelsmann-Stiftung unterstützt wird:

http://www.netzwerk-song.de/fileadmin/user_upload/Memorandum-des-netzwerks.pdf

Es wird zudem diskutiert, wie lange man als Mensch mit Behinderungen überhaupt selbständig bzw. mit Assistenz in einer eigenen Wohnung leben könne. Während von Vertretern von Ämtern und Sozialverbänden Zweifel geäußert werden, dass eine umfassende Versorgung bei besonders schweren Behinderungen in solchen ambulanten Settings möglich sei, erklärt ein Bewohner der Schießstattstr., der umfassend behindert ist, dass er auch bei noch weiter fortschreitender Behinderung dort wohnen bleiben möchte und keinen Grund sieht, dass dies nicht realisierbar wäre.

In der Runde hat bisher kaum jemand vom empfohlenen Text von Budde/Früchtel Kenntnis genommen. Daher wird nochmals auf diesen Text verwiesen:

sozialwesen.fh-potsdam.de/fileadmin/FB1/user/fb1Fruechtel/Dateien/Buerger_statt_Menschen_mit_Behinderung.pdf

Nächster Sitzungstermin

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe Wohnen der Teilhabeplanung der Stadt Rosenheim findet am Mittwoch, 13.03.2013 um 16.30 Uhr im Schüler- und Studentenzentrum Rosenheim statt.

Für das Protokoll

Michael John